Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 97. Halle, Sonntag, den 27. Februar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die deutschen Gegenvorschläge.

c. Das Geheimnis der deutschen Gegenvorschläge für London ist bisher sowohl in den Beratungen des Kabinetts und des Sachverständigenausschusses, als auch durch den strengen Verschluß der endgültigen Denkschrift gewahrt worden. Erst am 1. März, mit Beginn der Verhandlungen im St. Jamespalast, wird der letzte Schleier weggezogen. Solche Geheimdiplomatie ist nötig, um den „Gegnern" und ihrer Presse nicht vorzeitig Gelegenheit zu geben, Stimmung gegen das deutsche Programm zu machen. Unterdessen ist aber durch die Erweiterung des Sachverständigenausschusses und durch die Besprechung im Reichswirtschaftsrat die Kenntnis der Grundsätze und Richtlinien des Programms gewachsen. Man kann sich bereits ein Bild machen, ohne daß Zahlen und Einzelheiten verraten werden. Allein schon aus den veröffentlichten Darlegungen Dr. Simons läßt sich manches ableiten. Der Außenminister sprach z. B. ebenso wie der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, v. Braun, von der Zeit des Aufatmens, von der Atempause, die Deutschland brauche, um von den Anforderungen der Wiedergutmachung nicht gleich in den ersten Jahren unheilbar zusammenzubrechen. Zweifellos wird sich dieser Gedanke in London zu dem Vorschlag verdichten, man möge Deutschland einen Aufschub gewähren und zwar zur besseren Abschätzung seiner Leistungsfähigkeit, zur späteren Fixierung der Gesamtverpflichtung und zur vernünftigeren Abstufung der Ratenzahlungen. Andererseits wird man von deutscher Seite das „gewaltige" Finanzbedürfnis Frankreichs ausdrücklich anerkannt. Das wird unbedingt zu dem Anerbieten führen, eine vorläufige Rate, etwa die von der Pariser Konferenz festgesetzte von zwei Milliarden Goldmark versuchsweise zu zahlen. Für die systematische Abtragung der Reparationsschuld wird aber von vornherein ein doppelter Weg eröffnet, Geldzahlungen und Sachleistungen. Für die Geldzahlungen ist der Grundgedanke maßgebend geworden, daß eine Nation nicht den Schaden wiedergutmachen kann, den 27 Völker angerichtet haben. Die ganze Menschheit muß mitarbeiten. Auch den Neutralen bleibt die Beteiligung am Wiederaufbau nicht erspart. Mit anderen Worten: Die internationale Anleihe ist unumgänglich, Deutschland kann und wird auf den ausländischen Finanzmärkten Geld bekommen, sobald es sich einigermaßen erholt hat. Und dieses Geld wird zur bevorzugten Befriedigung Frankreichs viel eher dienen, als die in Paris diktierten Bonds, die unter dem Druck von Sanktionen auf keinem neutralen Markt unterzubringen wären. Was nun die Sachleistungen anbelangt, so sind sie im Laufe der Sachverständigenkonferenzen zu einem großzügigen Plan der deutsch-französischen Zusammenarbeit geworden. Man erinnert sich, daß in Spa von industrieller Seite Bedenken gegen eine etwaige Wirtschaftsgemeinschaft mit den ehemals heftigsten Kriegsgegnern geäußert wurden. Diese Bedenken sind heute schon überwunden. Es liegt ein Industrieprogramm vor — wir nennen es mit Absicht nicht das Stinnesprogramm um politische Mißverständnisse zu vermeiden — das sich wie das Ei des Kolumbus ausnimmt, und das die Billigung aller wirtschaftlichen Sachverständigen gefunden hat. Es ist sehr schade, daß diese Sachverständigen von der nach London reisenden deutschen Delegation zunächst zurückgelassen werden. Begründet wird die Maßnahme mit dem Trost, man könne die Herren ja sofort rufen, wenn es in London zu ausführlichen Beratungen des deutschen Wirtschaftsprogramms kommen sollte. Im übrigen habe man ja das ganze Material mit und v. Simons, Dr. Schröder und Dr. Bergmann verständigen sich ja auf finanzielle und kommerzielle Zusammenhänge. Aber wie war es denn in Spa? Da fehlten auch plötzlich die „Einschlägigen". Lloyd George wurde sehr ungehalten, und die Ententepresse behauptete, es liege ein deutsches Verschleppungsmanöver vor. In verschiedenen Londoner Blättern ist diesmal der Wunsch geäußert worden, die technischen Sachverständigen möchten schon vor den politischen Führern kommen, damit man sich informieren könne. Man hätte eben gar zu gern das Geheimnis der deutschen Gegenvorschläge vorzeitig gelüftet. Diesen Gefallen brauchen wir den Alliierten gewiß nicht zu tun. Aber daß die Kundigen, die das weitreichende und vielleicht alles umstoßende Hauptprogramm der deutschen Gegenvorschläge ausgebaut haben, nicht gleichzeitig mit nach London gehen, dünkt uns ein Fehler zu sein, der sich hoffentlich nicht rächen wird, wenn man seine Kühnheit und seinen ganzen Umfang erfährt. Es findet in seinen noch wenig klaren Umrissen Anklang, sowohl in Paris als auch in London. Wenn Hervé zu der Frage des gemeinschaftlichen sachlichen Aufbaus in Nordfrankreich einen flammenden Artikel schreibt: „Warum nicht?", so ist das schon allerhand. Ebenso soll nach zuverlässiger Information die englische Regierung bereit sein, ein deutsch-französisches Wirtschaftsprogramm mit dem ganzen Gewicht ihrer Politik zu unterstützen. Wer weiß, vielleicht ist gerade dieser große Industrieplan das erlösende Wort, das die politische Spannung mildert.

Minister Groener über Verkehrsfragen.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute die Debatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Minister Groener führte aus, durch persönliche Fühlungnahme sei er bestrebt, die Einheitlichkeit der Verwaltung zu sichern. Es sei gelungen, schwere Verkehrsstockungen zu vermeiden, obwohl infolge des niedrigen Wasserstandes der Flüsse den Eisenbahnen besonders schwierige Aufgaben gestellt werden. Er sehe es als die erste Aufgabe der Verwaltung an, den technischen Apparat auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen, um allen Ansprüchen des Verkehrs gewachsen zu sein. Gleichzeitig sei er bemüht, das innere Getriebe der Verwaltung zu festigen und überall den modernen Gedanken der Wirtschaftlichkeit durchzuführen. Er denke nicht an übermäßige Zentralisation in Berlin. Die Zerschlagung der Staatsbahnen in gemischtwirtschaftliche Betriebe lehne er ab. Die Reichseisenbahnverwaltung dürfe nicht im bürokratischen System der Verwaltungen eingeschnürt bleiben, wenn sie den schnell wechselnden Bedürfnissen der Wirtschaft folgen solle. Die bevorstehenden Tariferhöhungen seien unbedingt nötig, um das Betriebsdefizit zu decken. Es sei unmöglich, die Betriebskosten eines Verkehrsunternehmens etwa durch Steuern aufzubringen. Die Beseitigung des Defizits werde in der Weise zu erfolgen haben, daß 10 Milliarden durch Tariferhöhungen und fünf Milliarden durch Ersparnisse eingebracht würden. Die Verminderung des Personals sei im Gange und werde auch weiterhin unaufhaltsam betrieben werden müssen. Dabei werde jedoch an plötzliche Massenentlassungen nicht gedacht. Auf die Ausgestaltung des Fahrplans sei er besonders bedacht. Eine Besserung hierin könne aber nur allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kohlen und Lokomotiven erfolgen. In erster Linie werde er dabei den Berufs- und Arbeiterverkehr zu bessern suchen, aber auch der internationale Verkehr müsse ausgebaut werden. Der Wagenmangel sei in den meisten Fällen Mangel an betriebsfertigen Lokomotiven. Der Bedarf an Wagen für die wichtigen Düngemitteltransporte sei im Januar rechtzeitig gedeckt worden. Aus voller Ueberzeugung sei er für die Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahner in den Grenzen des Möglichen eingetreten. Er hoffe, daß nun eine allmähliche Beruhigung des Personals eintrete.

Die Bekämpfung der Diebstähle habe unzweifelhaft Erfolg aufzuweisen. Er habe scharfe Weisungen gegeben, alle Schädlinge rücksichtslos aus dem Eisenbahndienst zu beseitigen. Die Arbeitswilligkeit des Personals sei in erfreulichem Zunehmen. Besonders bei den älteren Leuten, deren Einfluß wieder im Steigen sei, sei dies bemerkbar. Der Achtstundentag habe durch seine plötzliche Einführung in die Eisenbahnverwaltung ohne die notwendige Vorbereitung zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese Schwierigkeiten müßten durch verständnisvolle Anwendung dieses Grundsatzes beseitigt werden. Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnen sei in Vorbereitung, durch das, wie er hoffe, auch diese Schwierigkeiten beseitigt werden würden. Inzwischen sei alles eingeleitet, um die Schäden schon jetzt zu vermindern. Es freue sich feststellen zu können, daß er dabei beim Personal auf volles Verständnis stoße.

England gegen verlängerte Besetzung.

Die englische Regierung erklärte im Unterhause, daß hinsichtlich der Dauer der Besetzung des Rheinlandes keinerlei Aenderung eingetreten sei und nach wie vor die Artikel 428—431 des Versailler Vertrags maßgebend seien. Damit stellt sich die englische Regierung genau auf den Boden des Versailler Vertrages und hat sich der französischen Auffassung über die Hinausschiebung der Frist des Beginns der Rheinland-Besetzung nicht angeschlossen.

Die Entwaffnung.

Der Völkerbund hat in seiner gestrigen Sitzung einen provisorischen Ausschuß für Entwaffnung eingesetzt. Dieser Ausschuß soll die Mittel prüfen, für die Unterzeichner des Völkerbundsstatuts eine fortschreitende Herabsetzung der Mehraugaben bis zur äußersten Grenze zu erlangen, die vereinbar mit ihrer nationalen Sicherheit ist.

Zusammentritt der Rheinkommission.

Nach einer Havasmeldung aus Straßburg ist die Rheinkommission hier zusammengetreten. Vertreten sind Frankreich, Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Italien, England und Deutschland. Die Sitzungen werden bis zum 4. März dauern. Die Kommission wird sich vor allem mit der Strompolitik, der Revision der Akte von Mannheim von 1868 und mit den Hafenarbeiten entsprechend Artikel 385 des Friedensvertrages befassen.

Die Organisation unserer Rücklieferungsverpflichtungen.

Von unterrichteter Seite wird der „Dena" geschrieben: Die Abwicklung der uns aus den Rücklieferungsverpflichtungen erwachsenen Aufgaben erheischt eine Organisation, über deren Umfang und Verantwortlichkeit nur diejenigen eine richtige Vorstellung sich machen können, welche diesen weitverzweigten Apparat kennenzulernen Gelegenheit gehabt haben. Eine in Berlin ansässige Abteilung hat die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten an Stelle von Eisenbahnmaterial (500 Lokomotiven und 19 000 Eisenbahnwagen) an Frankreich unter Anrechnung auf das Wiedergutmachungskonto zu bewerkstelligen. Sie hat ferner auf Grund von Sonderabkommen mit Frankreich und Belgien Ersatz zu liefern für das landwirtschaftliche Material, das aus jenen Ländern seinerzeit weggeführt ist, aber nicht zurückgegeben werden kann, weil der Verbleib der einzelnen Stücke in Deutschland nicht mehr zu ermitteln ist. Frankreich soll als Ersatz 20 Millionen Papiermark erhalten, die durch die Lieferung von neuen landwirtschaftlichen Maschinen zu begleichen sind. Belgien beansprucht eine noch festzusetzende Anzahl landwirtschaftlicher Fahrzeuge, ohne daß in dem einen wie in dem anderen Fall eine Anrechnung auf das Wiedergutmachungskonto zulässig ist. Die deutsche Abteilung hat über alle diese Punkte mit den fremden Regierungen das Erforderliche zu vereinbaren, das Material zu beschaffen und die Uebergabe durchzuführen. Trotz den mit diesen Aufgaben verknüpften vielfachen Weiterungen hofft die betreffende Kommission in einigen Monaten ihre Arbeiten erledigen zu können.

Eine andere Abteilung, die teils in Berlin, teils in Frankfurt a. M. ihren Sitz hat, leitet die Rückgabe von Maschinen, Industriegeräten usw. Hier ist zunächst festzustellen, welche Gegenstände nach Meinung der französischen und belgischen Industriellen ihnen entführt sind und wo dieselben etwa in Deutschland geblieben sein mögen. Da diese Ermittlungen auf 100 000 und mehr Einzelfälle sich erstrecken, die Identifizierung der Maschinenteile, falls überhaupt möglich, äußerst umständlich ist, die Einziehung und Ausbesserung der Gegenstände eine Menge von Schwierigkeiten und Kosten verursachen, da ferner die Abwicklung auch bezüglich der deutschen Besitzer erfolgen muß, so ist hieraus zu ersehen, wie kompliziert dieser Teil der Lieferungspflichten ist. Bisher sind 237 000 To. Maschinen usw. zurückgeführt. 250 000 To. sind noch zu liefern. Für Entschädigungen an die deutschen Besitzer wurden 89 Millionen Mark und für Instandsetzungsarbeiten 12 Millionen Mark verausgabt. Die Erledigung aller Arbeiten könnte noch drei Jahre beanspruchen.

Eine dritte Abteilung betreibt die Rückgabe von Werten (Bargeld, Wertpapieren, Kunstwerke, Archiven usw.) und hat hierzu Außenstellen in Brüssel, Paris, Frankfurt und Leipzig einrichten müssen. Der Wert der bisherigen Ablieferungen wird auf ungefähr 9 Milliarden französische Franken und 2 Milliarden Mark geschätzt. Die Arbeiten dürften noch über ein paar Jahre sich erstrecken. Hierher gehört auch die Verpflichtung zur Wiederherstellung der Büchersammlung der Universität Löwen, die zum Teil bekanntlich in Flammen aufgegangen ist. Soweit der Bücherersatz möglich ist, erfolgt er unter Aufsicht eines Staatskommissars vom Börsenverein der Buchhändler in Leipzig. Nach einem besonderen Abkommen sollen Druckschriften im Werte von 5 Millionen Goldranken außer Manuskripten und vielem anderen geliefert werden.

Für die die verschiedenen Abteilungen und Organe zusammenfassende Rücklieferungskommission sind im Etatsentwurf für 1921 wie im Vorjahre 22,8 Millionen Mark ausgesetzt.

Die Londoner Konferenz.

Der französische Berichterstatter des „Petit Parisien" schreibt, man nehme an, daß Lloyd George die allgemeine Erörterung des am 29. Januar fertiggestellten Reparationsplanes selbst aufsichnehmen werde und daß erdem Deutschen antworten werde. Dr. Simons werde zunächst aufgefordert, die deutschen Vorschläge vorzubringen. Es werde dem deutschen Minister nicht gestattet werden, seine rückblickende Erörterung über die Verantwortlichkeit am Kriege zu beginnen. Loucheur wird die Kontrolle über die technischen Auseinandersetzungen, die zwischen den alliierten und den deutschen Sachverständigen stattfinden sollen, übernehmen. Der französische Berichterstatter fügte hinzu, Frankreich werde natürlich eine Verminderung der im Januar festgesetzten Summe nicht zulassen. Die Erörterung werde sich auf die Möglichkeiten der praktischen Anwendung beschränken.

Eine Niederlage der englischen Regierung

Im Unterhause entging die Regierung bei der Abstimmung über Ergänzungsvoranschläge für das Amt für öffentliche Arbeiten mit knapper Not einer Niederlage. Sir D. Maclean brachte einen Abänderungsantrag ein, den Voranschlag um 100 000 Pfund Sterling zu vermindern. Für das Amendement stimmten 78, dagegen 88 Abgeordnete. Das Ergebnis wurde mit lautem Beifall und dem Ruf „Zurücktreten!" aufgenommen. Daily Sketch zufolge stimmten 53 Koalitionsmitglieder gegen die Regierung. Die meisten von ihnen waren Unionisten, darunter auch die beiden Cecils.

Die amerikanische Note über die Verteilung der Mandate.

Das WTB. veröffentlicht den Wortlaut einer amerikanischen Note über die Verteilung der Mandate und bemerkt dazu: Wie aus dieser Note hervorgeht, vertritt die amerikanische Regierung ebenso wie die Entente den Standpunkt, daß die Verteilung der Mandate eine Angelegenheit der 5 alliierten und assoziierten Hauptmächte ist. Demgegenüber steht die deutsche Regierung bekanntlich auf dem Standpunkt, daß eine Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kolonien nur vom Völkerbund getroffen werden kann.

(Der Originaltext der Note war bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen.)

Etwas mehr Zurückhaltung.

Uns wird von zuständiger Seite geschrieben: Der Abg. Dr. Stresemann hat namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Abg. Schiffer als Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei in der Reichstagsfraktion brieflich den Wunsch übermittelt, die Erörterung der Frage der Regierungsbildung in Preußen und im Reich vorläufig zurückzustellen. Der Abg. Schiffer hat erwidert, daß er diesen Wunsch mit Rücksicht auf die Gesamtlage unserer Verhältnisse als berechtigt anerkenne und bemüht sein werde, ihn auch über seine Fraktion hinaus in den Kreisen der Partei und der ihr nahestehenden Presse zur Erfüllung zu bringen. In der Tat vollzieht sich die öffentliche Diskussion über diese Frage in einem Umfange und in Formen, die die Rücksicht auf den Ernst dieser Lage vielfach vermissen lassen. Die Deutsche demokratische Fraktion hat übrigens am wenigsten Veranlassung, sich an diesen Erörterungen in größerem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210227011/fragment/page=0001

Maße oder mit besonderer Schärfe zu beteiligen, da sie nach dem Ausfall der Preußenwahlen sicherlich gewillt sein wird, bei der Bildung der Regierung die gebotene Zurückhaltung zu beobachten.

Wierwarr bei den Kommunisten

Die beiden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Däumig und Levi, die Sekretäre Zetkin und Braß und der Beisitzer Adolf Hoffmann sind aus der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschieden, oder auch ausgeschieden worden. Damit verschwinden die bekannten Namen in der Partei von der Bildfläche, an ihre Stelle sind außerhalb der Partei unbekannte Größen getreten. Den äußeren Anlaß gab die Stellung zu italienischen Kommunisten. Der eigentliche Grund liegt darin, daß die Abgesetzten sich zwar Moskau untergeordnet haben, letzten Ends aber die Befehle von dort doch nicht überall befolgen wollten.

Deutscher Reichstag.

Am Ministertisch: Reichsminister Koch.

Der Notetat für 1920 wird in erster und zweiter Lesung genehmigt; desgleichen in dritter Beratung der Zentrumsantrag auf einen Gesetzentwurf über religiöse Kindererziehung wird ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Dann wird die Beratung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Titel

Haushalt des Reichspräsidenten.

Die Unabhängigen und die Kommunisten haben hierzu in Form einer Entschließung ihren Antrag auf Aufhebung der vom Reichspräsidenten erlassenen Ausnahmebestimmungen wieder eingebracht.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) bezeichnet den Antrag als geschäftsordnungsmäßig unzulässig.

Abg. Rosenfeld (U. S.): Von einer Verletzung der Geschäftsordnung könne keine Rede sein, da ähnliche Entschließungen schon wiederholt im Rahmen der Staatsberatung ohne weiteres beraten worden seien. Auf den Inhalt der Entschließung komme es dabei gar nicht an. (Widerspruch und Lärm.)

Abg. Rießer (D. Vpt.) entgegnet: Bei einer rein geschäftsordnungsmäßigen Beratung kam es allerdings auch auf den Inhalt an. Hier handelt es sich um einen Gesetzentwurf in Form einer Resolution.

Abg. Radbruch (S.) schließt sich den Ausführungen an, obwohl er sachlich dem Inhalt der Entschließung zustimmt.

Abg. Beil (Ztr.) verwahrt sich gegen den Vorwurf des Abgeordneten Rosenfeld, daß er sich als Vizepräsident nicht unparteiisch gegen die Linke gezeigt habe, und verweist auf die gestrigen Ausschußberatungen, nach denen das Einbringen von Anträgen zur Statsberatung unzulässig sein soll.

Abg. Lenz (Komm.) meint, der Wortlaut der Entschließung sei ein Beweis, daß es sich hier um eine Aufforderung an die Regierung handle, nicht um einen Gesetzentwurf. Zu diesem Etat gehöre die Frage unbedingt, wenn anders man den Reichspräsidenten als eine politische Persönlichkeit ansehe.

Abg. Pachnicke (Dem.) sagt, es komme nicht auf den politischen Charakter des Reichspräsidenten an, sondern nur darauf, daß eine solche Resolution nur bei dem Etat eines dem Parlament verantwortlichen Ministers besprochen werden könne, zum Beispiel beim Etat des Reichskanzlers.

Abg. Rosenfeld (U. S.) sagt, er sehe in der ganzen Debatte nur einen neuen Beweis für die Klassenjustiz gegen die Arbeiterschaft und konstatiert die politische Unzuverlässigkeit der Rechtssozialisten, die dazu beiträgen, den Trennungsstrich zwischen einer Partei und ihnen zu verschärfen. Daß der Reichspräsident überhaupt nicht verantwortlich sein solle, davon könne keine Rede sein. Er könne doch z. B. vor den Staatsgerichtshof geladen werden. Bisher habe seine Partei davon noch Abstand genommen, jetzt werde sie sich aber an den Artikel 9 der Verfassung halten. Die Zulässigkeit der unabhängig-kommunistischen Resolution wird gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt.

Der Berichterstatter Abg. Klödner (Ztr.) begründet dann den Ausschußantrag, das Gehalt des Reichspräsidenten von 100 000 auf 150 000 Mark zu erhöhen und die Aufwandsgelder von 100 000 auf 150 000 Mark.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) unterstützt den Ausschußantrag.

Abg. Rosenfeld (U. S.) erklärt, ihm liegen persönliche Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten fern, wie sie etwa von deutschnationaler Seite erhoben würden. Es bleibe aber auch so noch genügend Material gegen den Präsidenten übrig. Die Art, wie dieser von seiner Macht Gebrauch mache, widerspreche seinem in Weimar abgelegten Bekenntnis zur Freiheit. Er hat Todesurteile bestätigt, er hat wiederholt den Ausnahmezustand verhängt. Er hat nicht die Aufhebung des unerträglichen Ausnahmezustandes in Bayern verlangt. Die Verordnung über den Schutz lebenswichtiger Betriebe müßte ebenfalls längst aufgehoben sein weil sie vielen Arbeitern das Streikrecht nimmt. Ganz unglaublich ist aber die Verordnung vom 30. Mai 1920, durch die für Autoisten militärische Ausnahmegerichte eingerichtet sind. Diese Verordnung wird nur gegen die Arbeiterschaft in schamloser Weise angewendet, aber den bewaffneten Banden der reaktionären Konterrevolutionäre wird kein Haar gekrümmt. Wir verlangen die Aufhebung dieser Ausnahmeverfügung.

Vizekanzler Dr. Heintze: Der Vorredner hat den Reichspräsidenten in die Kritik des Reichstages hineingezogen. Das ist nach der Verfassung unzulässig, denn für die Handlungen des Präsidenten tragen die Minister die parlamentarische Verantwortung. Darum können auch die einzelnen Beschwerden des Vorredners bei diesem Etat nicht beantwortet werden.

Abg. Hoffmann (Komm.): Der Reichspräsident ist ein völlig überflüssiges und kostspieliges Möbel. Er ist völlig bedeutungslos. Die Reaktion ist mit ihm zufrieden, denn er macht alle Verordnungen, die die Reaktion verlangt. Er eignet sich nicht einmal mehr als ein Objekt für Witze. (Abg. Dr. Müller-Franken ruft: Warum reden Sie denn? Sie können doch nicht ernst reden, Sie Clown!) Der Minister hat recht, der Präsident ist wirklich unverantwortlich.

Abg. Rosenfeld (U. S.): Der Justizminister rückt offenbar ab von der unverantwortlichen Art, wie der Reichspräsident sein Amt mißbraucht.

Damit schließt die Aussprache. Der Etat des Reichspräsidenten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten bewilligt. Angenommen wird eine Entschließung des Ausschusses, die eine Nachprüfung der Grundsätze für die Behandlung von Gnadengesuchen verlangt. Beim Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds verlangt Meyer-Zwickau angemessene Behandlung der Rentenempfänger durch die Beamten der Versorgungsämter. Er fordert weiter die schleunige Neuregelung der Rentenbezüge für die Veteranen von 1864, 1866, 1870/71.

Ohne weitere Debatte wird der Etat bewilligt. Die Haushalte des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes werden debattelos angenommen. Der Haushalt des Reichsfinanzministers wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Berichterstatter nicht anwesend ist.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Entwaffnungsantrag. Haushalt des Finanzministers und Wiederaufbauministeriums. Kleinere Vorlagen.

Schluß nach 2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine Krupp-Filiale in Chile? Nach einer Meldung des „Journal" aus Santiago soll die chilenische Regierung der Firma Krupp ausgedehnte Ländereien an der Küste zur Verfügung gestellt haben, um darauf eine große Waffenfabrik zu errichten, die mit einem Kapital von 500 Mill. Mk. ins Leben gerufen werden soll.

Unnötige Aufregung der Volksparteiler. Die „Nationalliberale Korrespondenz" regt sich wieder einmal darüber auf, daß die Deutsche Volkspartei vor ihrem Eintritt in die Regierung von ihren Prinzipien nicht abgewichen sei und niemals Forderungen der demokratischen Fraktion zur Kenntnis genommen habe. Wir raten der „Nationalliberalen Korrespondenz" in den stenographischen Berichten des Reichstages die Regierungserklärung nachzulesen, die das Kabinett Fehrenbach offiziell verlesen hat und auf Grund dessen der Regierung das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen worden ist. Diese Erklärung war durch und durch demokratisch und enthielt z. B. nichts von einer der Hauptforderungen der Volkspartei: Von der Wiedereinführung der monarchischen Staatsform. Ob die Fraktion der Volkspartei oder ihre Minister in der Tiefe ihres Gemüts Vorbehalte gemacht haben, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde eine Interpellation von Arbeitnehmerseite über den Achtstundentag im Bankgewerbe besprochen, obwohl der Regierungsvertreter nicht erschienen war. Nach Schluß der Aussprache wurde ein Antrag Aufhäuser die Interpellation dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen, vom Präsidenten nach der Geschäftsordnung für unzulässig erklärt. In dem Bericht des finanzpolitischen Ausschusses über die Festsetzung der Tabaksteuer wurde ein Antrag von Arbeitgeberseite angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die jetzige Regelung der Tabaksteuer auf Zigaretten auf ein Jahr festzusetzen.

Auslands-Rundschau.

Kriegerische Meldungen aus Amerika. Nach einer Reutermeldung aus New York wird aus Panama berichtet, daß Präsident Parras in einer Ansprache erklärte, alle Einwohner von Panama würden aufgefordert, sich sofort zu stellen, damit eine militärische Streitmacht gebildet werde.

Bauernaufstände in Rußland. Nach einem Telegramm aus Riga sind dort Nachrichten aus Moskau eingetroffen, daß die Bauern in der Ukraine unter der Leitung von Makhno sich empört haben. Ein Aufruhr ist auch in den Gebieten von Tambow und Orenburg und im Gebiete von Tjumen in Sibirien ausgebrochen. Um die erregte Bevölkerung zu beruhigen, hat die Sowjetregierung Befehl erhalten, größere Brotrationen zu verteilen. Diese Verteilung der erhöhten Ration hat letzten Montag stattgefunden.

Der russisch-polnische Vertrag. Nach einer Havasmeldung aus Riga ist der erste Teil des russisch-polnischen Vertrages, der sich auf die Flüchtlinge und den Austausch der Gefangenen bezieht, am 24. Februar unterzeichnet worden.

Die Lage in Irland. Wie Reuter aus Dublin berichtet, besagt der amtliche Wochenbericht über die Lage in Irland, daß die Angriffe auf Streitkräfte der Krone sich von 26 in der Vorwoche auf 16 in dieser Woche vermindert haben. Die Verluste der Streitkräfte betrugen in der letzten Woche 12 Tote und 9 Verwundete. Die Verluste der Sinnfeiner waren schwer. Bei Mabroom in der Grafschaft Cork wurden etwa 50 Polizisten, die sich auf Lastautos befanden, am Freitag früh von 300 Bewaffneten angegriffen. Es fand ein Kampf von zwei Stunden Dauer statt. Die Polizei, die zunächst die Aufständischen aus ihren Stellungen vertreiben hatte, mußte sich schließlich zurückziehen, wobei sie ihre Toten, darunter den Befehlshaber der Abteilung, mitnahm. Die Polizei konnte auch einige ihrer Verwundeten in Sicherheit bringen. Der Rest der letzteren verblieb in der Hand der Sinnfeiner.

Gegen Venizelos. Nach einer Matin-Meldung aus Athen fand am Schluß der Sitzung der Nationalversammlung eine Kundgebung gegen Venizelos statt. Es sollen sich derartige Szenen ereignet haben, daß die Liberalen gezwungen waren, den Sitzungssaal zu verlassen. Sie beschlossen, beim Präsidenten der Nationalversammlung eine Ehrenerklärung zu verlangen; falls ihrem Wunsche nicht nachgegeben wird, würden die Liberalen, wie man glaubt, nicht mehr an den Arbeiten der Nationalversammlung teilnehmen.

In der Pariser Meldung über die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Frankreich und über die Notwendigkeit der Lösung einer Ausweiskarte war gesagt worden, Fremde gewisser Klassen wie z. B. Zollagenten, Vertreter von Transportgesellschaften, Auskunft- und Stellenbüros, Hoteliers, Besitzer und Geschäftsführer von Zeitungen und andere könnten ohne Genehmigung der französischen Regierung zugelassen werden. Es sollte richtig heißen, Angehörige dieser Kategorien sollen ohne besondere Genehmigung der französischen Regierung zur Ausübung ihres Berufes nicht zugelassen werden.

Provinzial-Nachrichten.

* **Könnern**, 26. Febr. (Der Kreisfeuerwehrtag) des Saalkreis-Feuerwehrverbandes soll am Sonntag, den 5. Juni, in Könnern stattfinden.

⊙ **Zerbst**, 26. Febr. (Die Aerzte gegen die Milchpreiserhöhung.) Die Vereinigung der Aerzteschaft der Stadt und des Kreises Zerbst hat dem anhaltischen Landesernährungsamt eine Entschließung übermittelt, in der sie scharfen Protest gegen die Milchpreiserhöhung von 1,30 auf 2,30 Mark für Kleinhandel erhebt. Eine solche Maßnahme müsse als dem Volkswohl äußerst verderblich bezeichnet werden, und es müsse im Interesse der Volksgesundheit eine unverzügliche Zurücknahme der Verfügung verlangt werden. Auch die Ortsgruppe Anhalt des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird geschlossen gegen die neue Milchpreiserhöhung Front machen.

Gütten, 25. Februar. (Aufdeckung von Eisenbahndiebstählen.) Hier ist man wieder Eisenbahndieben auf die Spur gekommen. In der letzten Zeit lagen Verdachtsmomente vor, die darauf schließen ließen, daß auf der Strecke zwischen Neblitz und Wiesenburg die Eisenbahnzüge beraubt wurden. Fortgeworfene Flaschen, Flaschenhülsen, leere Kartons und verschiedene andere Sachen ließen vermuten, daß sie von Eisenbahndiebstählen herrühren. Zudem wurde ein Zugbedensteter dabei betroffen, als er vom Trittbrett aus die Tür eines Stückgutwagens unmittelbar nach der Ausfahrt von Gütten aufbrach. Die Beobachtungen führten zu einer Durchsuchung der Dienstwohnung des Blockwärters zwischen Wiesenburg und Neblitz und hier wurden eine Menge Sachen gefunden, die unzweifelhaft aus Eisenbahndiebstählen stammten. Nach längerem Leugnen gestand der Blockwärter, daß er die Sachen von mehreren in Gütten wohnenden Zugbediensteten erhalten habe als Lohn dafür, daß er das geraubte Gut bis zur Abholung in seiner Wohnung aufbewahre. Die Untersuchungen sind eingeleitet. Bisher wurden vier Verhaftungen von Bahnbeamten vorgenommen. Die Ermittlungen wurden durch ein bei dem Blockwärter vorgefundenes Veräußerungsverzeichnis der gestohlenen Waren wesentlich erleichtert.

✝ **Belleben**, 26. Febr. (Das Krokodil und Herr Kommunist Rautemann.) Der „Volksstimme" zufolge fand sich in der Urne bei den Preußenwahlen hier folgendes Gedicht:

Ein Roßternkommunist marschiert am Schlackenbach,
Dort saß im nassen Element ein Krokodil ach, ach,
Das sah ihn greulich an.
Ich heiße Rautemann, sprach er, ich bin ein Kommunist
Und wehe Panje Krokodil, wenn du mich heute frißt.

Ich hab' ein großes Mundwerk auch und Zähne so wie du,
Ach bitte, liebes Krokodil, laß heute mich in Ruh.
Es sah ihn greulich an.
Ich heiße Rautemann, sprach er, und bin ein Kommunist,
Zu Ende ist mein Lebenswerk, wenn du mich heute frißt.

Den Kamrit schwur ich der Volkspartei, dem Bürgertum wie nie,
Bin gegen Gott und Pfaffentum, Sozialdemokratie.
Da sah's ihn greulich an.
O Roßtern Rautemann, sprach es, du, du bist Kommunist?
Was ich von dir erfahren hab', war bisher alles Mist.

Als Kommunistenhäuptling bist du ja weit bekannt,
Ich hörte von dir sprechen schon, am Nil im fernen Land.
Es sah ihn greulich an.
O Roßtern Rautemann, sprach es, ich bin gekommen, dich zu sehen.
Ich wend' mich ab und will jetzt wieder gehen,
Du bist kein Kommunist, ein „großes Rindvieh" bist.

✝ **Goslar**, 26. Febr. (Oksterlsperren.) Auf Veranlassung des Industrievereins und der Handelskammer Goslar fand eine Sitzung statt, zu der außer den Vertretern der an der Oker belegenen Industriebetriebe die Behörden von Stadt und Kreis Goslar, der Ortschaften an der Oker einschließlich der Stadt Wolfenbüttel und Braunschweig, sowie der Gewerkschaften eingeladen und erschienen waren. Es wurde die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung des Okertalsperrenbaues beschlossen. In seinem Vortrage wies Assessor Ehlion auf die Vorteile der Okertalsperre für die Industrie und die Landwirtschaft, die Gemeinwesen hin und betonte, daß durch den Bau der Okertalsperren erreicht werden würde: 1. daß produktive Erwerbslosenfürsorge getrieben werden kann, 2. die Schaffung eines Vorratsdeckens für die Speisung des Mittellandkanals und einer Kraftquelle für elektrischen Strom der dem Okergebiete ebenso zugute käme, wie 3. gleichmäßige Belieferung mit Wasser der Industrie an der Oker, die oft monatelang stilliegen muß, während in anderen Monaten große Wassermengen unausgenutzt zutal fließen, 4. würden der Landwirtschaft große Erleichterungen geschaffen werden, weil die häufigen Ueberschwemmungen mit ihren Schäden an den Wiesen und der Heuernte fortfallen würden. Die Aussprache ergab die allgemeine übereinstimmende Ansicht von der Notwendigkeit der Vertretung der Okertalsperrenfrage durch eine besondere Organisation. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, der die Vorarbeiten erledigen soll.

✝ **Magdeburg**, 26. Febr. (Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt) bezog gestern das neue Dienstgebäude Tränsberg 20/22.

♂ **Delitzsch**, 26. Febr. (Banditen.) Gestern abend in der siebenten Stunde wurde im Stationsgebäude des Sorauer Bahnhofes ein frecher Raubüberfall verübt. In den Fahrkartenschalterraum drangen plötzlich zwei schwarzmaskierte Männer ein. Mit vorgehaltenem Revolver hielt der eine der Räuber den erschrockenen Beamten in Schach, indes der andere Räuber die Kasse plünderte. Danach verschwanden die Verbrecher nach der Bahnseite, sprangen über den Bahndamm und entkamen unerkannt.

✝ **Leutenberg**, 25. Febr. (Drei Schwindler.) zwei Männer und eine Frau, versuchten vor einigen Tagen in der hiesigen Fabrikanten Londesdorf Schecks loszuwerden in Höhe von 25 000 Mark und 1200 Mark, die auf dem Namen einiger bekannter Leute aus benachbarten Ortschaften gefälscht waren. Da sie hier kein Glück hatten, einen sie nach Saalfeld, wo sie einen Scheck von 1500 Mark auch wirklich ausgezahlt bekamen. Inzwischen wurde die Fälschung aber erkannt, und es gelang auch noch, die Schwindler festzunehmen.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Einsteins Amerikareise. Von unterrichteter Seite wird der „Dena" mitgeteilt: Die Meldung der „Times", daß Professor Einstein sich auf Einladung der Zionistischen Organisation nach Amerika begibt, um dort an den Beratungen für die Jüdische Universität in Jerusalem mitzuwirken, ist nicht in allen Einzelheiten richtig. Professor Einstein hat sich prinzipiell bereit erklärt, die Einladung anzunehmen, falls der Termin seiner Reise mit seinen sonstigen Dispositionen übereinstimmt. Prof. Einstein, der im Frühjahr in Holland Vorträge übernommen hat, möchte bis zu diesem Zeitpunkt zurück sein. Als spätester Abreisetermin kommt für ihn der 23. März ab Rotterdam in Betracht. Der Zweck der Reise ist die Interessierung amerikanischer Kreise für die Universität in Jerusalem und für die sonstigen Pläne der Zionistischen Organisation in Palästina, sowie die nähere Ausgestaltung des Universitätsplans. Dagegen hat Prof. Einstein die Einladung der amerikanischen Universitäten zu Vorträgen bereits früher abgelehnt, da er ursprünglich beabsichtigte, sich in der nächsten Zeit an einem Internationalen Kongreß in Brüssel zu beteiligen. Richtig ist, daß Prof. Einstein beabsichtigt, die Reise zusammen mit Dr. Weizmann, dem Präsidenten der Zionistischen Organisation, zu unternehmen.

Hochschulnachrichten.

Der bisherige Privatdozent für allgemeine Religionswissenschaft und Missionskunde an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, Pfarrassistent Lic. theol. Dr. phil. Heinrich Frick habilitierte sich an der Gießener Universität für allgemeine Religionsgeschichte mit einer Probevorlesung über „Die Typologie der allgemeinen Religionsgeschichte.

Vermischtes.

Ehescheidung in der Hypnose. Im November v. J. lernte ein 24jähriges Fräulein, eine Waise aus sehr reicher Hamburger Familie, die über ein ererbtes elterliches Vermögen von fast 2 Millionen Mark verfügt, in Berliner Gesellschaftskreisen einen früheren Marine-Ingenieur kennen. Sie traf ihn wiederholt bei gemeinsamen Bekannten, ohne daß er ihr oder sie ihm besondere Aufmerksamkeit geschenkt hätte, jedenfalls nicht so lange er über ihre Vermögensverhältnisse nicht unterrichtet war. Die

Wahres Wohlbehagen
erzeugt bei Besitzer und Betrachter eine frische Haut. Sie ist nicht nur schön und reizvoll, sondern auch gesund, und das ist die Hauptsache. Sie wird es durch tägliche Pflege mit
Dr. Jo Mayers
Capta-Cora-Creme
Tube: Mk. 3.50 und Mk. 5.50
Töpfe extra stark parfümiert Mk. 15.—
Hersteller: Dr. Jo Mayer, Wiesbaden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210227011/fragment/page=0002